

Marie-Luise Dött

Mitglied des Deutschen Bundestages
Umwelt- und Baupolitische Sprecherin der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion



Berlin aktuell
Die Woche im Bundestag

31.03.2017

Das Saarland weist den erfolgreichen Weg

Der Wahlsieg am Wochenende ist ein guter Auftakt für uns ins Wahljahr. Wir beglückwünschen die CDU im Saarland mit Annegret Kramp-Karrenbauer an der Spitze zu ihrem eindrucksvollen Ergebnis. Das Wahlergebnis ist nicht nur Beleg für eine gute Ministerpräsidentin, sondern es zeigt, dass die meisten Bürger einer stabilen, sicheren Regierung eher zutrauen, die Zukunft gut zu gestalten als einem rot-roten Experiment.

Es war offenkundig ein Fehler der SPD, ihre bisherige Linie im Saarland aufzugeben und nach allen Seiten offen zu sein. Das haben ihr die Bürgerinnen und Bürger nicht durchgehen lassen. Die SPD muss nun erklären, wie sie es mit der Linkspartei im Bund hält, die die Nato auflösen und die russische Aggression gegen die Ukraine einfach hinnehmen will. Leitfiguren der Linken wie Sarah Wagenknecht lassen keine Zweifel daran, dass sie ein anderes Deutschland wollen: Ohne solide Haushaltsführung, ohne innere Sicherheit, Bleiberecht für alle statt Ausweisung krimineller Zuwanderer. Wir als Union haben eine klare Position: Wir koalieren weder mit den Populisten von links noch von rechts. Von dieser Klarheit ist die SPD weit entfernt.

Eines belegt das Ergebnis im Saarland auch: Die Prognosen werden schwieriger, denn kaum einer von uns hätte ein solches Ergebnis erwartet. Dies liegt sicher daran, dass drei von vier Meinungsforschungsinstituten ein Kopf-an-Kopf-Rennen von CDU und SPD prognostizierten. Das zeigt uns allen, aber gerade den Wahlkämpfern in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen, dass wir uns von Umfragen nicht zu stark beeinflussen lassen, sondern mit Zuversicht und innerer Haltung für unsere Position werben sollten.

Es sind von nun an noch rund sechs Monate bis zur Bundestagswahl, das ist ein langer Zeitraum. Daher

haben die Spitzen der Koalition in dieser Woche im Koalitionsausschuss geklärt, welche Vorhaben noch in den kommenden Monaten umgesetzt werden sollen.

Dabei sind Aufgaben, die kein Abwarten dulden: Wir müssen dringend etwas gegen den wiederholten Sozialbetrug im Asylsystem tun. Wer unter mehreren Identitäten sich Geldleistungen erschleicht, verwirkt unsere Gastfreundschaft und muss unser Land wieder verlassen. Hier drängen wir auf eine klare Regelung im Ausländer- und Asylrecht.

Wieso wiederholter Diebstahl zu leichterem Abschiebung führen soll, wiederholter Sozialbetrug aber nicht, kann man den Bürgern im Land nicht erklären.

Zudem müssen wir Einbrecher härter bestrafen: Wenn Täter in Wohnungen einbrechen, hat das oft traumatische Folgen für die Opfer. Dieser Eingriff in die Privatsphäre ist kein Kavaliärsdelikt. Wir haben daher vereinbart, dass Wohnungseinbrecher mindestens eine einjährige Freiheitsstrafe erhalten sollen. Damit wird der minder schwere Fall abgeschafft. Künftig muss Anklage erhoben werden, eine Einstellung wegen Geringfügigkeit kommt nicht mehr in Betracht.

Höhere Strafen alleine reichen aber nicht. Wir konnten die SPD davon überzeugen, dass unsere Polizei auch mehr Ermittlungsbefugnisse braucht. Künftig ist es auch beim Wohnungseinbruchdiebstahl möglich, auf die Telekommunikationsdaten zuzugreifen. Bislang gilt dies nur beim schweren bandenmäßigen Wohnungseinbruchdiebstahl. Damit setzen wir ein klares Zeichen für den Schutz des Eigentums.

Die Menschen müssen sich wieder sicher fühlen können. Das ist unser Ziel und dabei sind wir einen guten Schritt vorangekommen.

Reallöhne in Deutschland steigen

Wie das endgültige Ergebnis der vierteljährlichen Verdiensterhebung des Statistischen Bundesamtes belegt, ist der Reallohnindex im Jahr 2016 das dritte Mal in Folge stark gestiegen. Während der Reallohnindex um 1,8 Prozent zunahm, stiegen der Verbraucherindex im selben Zeitraum um 0,5 Prozent und der nominale Verdienst um 2,3 Prozent. Zudem setzt sich mit dieser positiven Entwicklung ein Trend fort, von dem vor allem Beschäftigte mit eher unterdurchschnittlichen Verdiensten überdurchschnittlich profitieren können. Hohe nominale Zuwächse des monatlichen Bruttoverdienstes können hierbei vor allem ungelernete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit einer Steigerung von 3,1 Prozent, geringfügig Beschäftigte mit 3,6 Prozent, Teilzeitbeschäftigte mit 2,8 Prozent und Vollzeitbeschäftigte mit 2,2 Prozent verzeichnen. Den größten Branchenzuwachs von 3,5 Prozent nominalem Lohnanstieg wies das Gastgewerbe als Branche mit den geringsten Bruttoverdiensten aus. (Statistisches Bundesamt)

Neue App für Reklamationen im Ausland

Wenn die neue Lampe, der Fernseher oder die Kaffeemaschine kurz nach dem Kauf kaputt gehen, haben die Kunden gegen- über dem Verkäufer Gewährleistungsansprüche. Die Mindestdauer dafür in der EU sind zwei Jahre, von Land zu Land sind aber Unterschiede zu beachten, die beim Kauf im Ausland wichtig werden. Dienstreisen, Sommerurlaube oder Kurzurlaub – für viele Deutsche ist das Reisen und Einkaufen im Ausland keine Seltenheit. Oftmals sind den Verbrauchern dabei aber ihre Rechte nicht bekannt. Abhilfe schafft hier eine neue Applikation (App) des Europäischen Verbraucherzentrums (EVZ) Deutschland. Informiert wird darüber, wie schnell in welchem Land ein Mangel gemeldet werden muss, wo es Ansprüche auf Mängelbeseitigung gibt oder auf Erstattung des Kaufpreises und ab wann in den einzelnen Ländern der Kunde beweisen muss, dass er einen Schaden nicht selbst verursacht hat. Auch Ansprechpartner in den EU-Staaten, Island und Norwegen werden genannt. Zu finden ist die App unter: <http://www.evz.de/de/apps-und-publikationen/apps/mit-erfolg-reklamieren/>

Hörmobil auf Tour

Die Hörmobile der Fördergemeinschaft Gutes Hören (FGH) gehen ab 18. April auf große Deutschlandtour. Sie bieten kostenlosen Hörtests an, die im schallgedämpften Messraum der Hörmobile durchgeführt werden. Außerdem stehen die Themen Lärmschutz und Hörprävention auf der Agenda. Am sogenannten Quattro Check können Interessierte direkt vor Ort ihre MP3-Player oder Handys einem Lautstärketest unterziehen und die Auswirkungen des eigenen Musikgenusses überprüfen. Die Hörtour

2017 findet von April bis Oktober in ganz Deutschland statt. Die Hörmobile stehen in Fußgängerzonen und auf belebten Plätzen und bieten Informationen rund um das Hören und kostenlose Hörtests. Termine und Orte im Internet unter: www.fgh-info.de. (FGH)

Keine Preiszonen für Strom

Am gestrigen Donnerstag hat der Deutsche Bundestag eine Subsidiaritätsrüge zu zwei Verordnungsvorschlägen der europäischen Kommission im Bereich der Energiepolitik verabschiedet. Dazu erklärt der Energiebeauftragte der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag Thomas Bareiß: "Das umfassende Gesetzespaket "Saubere Energie für alle Europäer" der EU-Kommission begrüßen wir ausdrücklich. Die ehrgeizigen Ziele der EU in den Bereichen Klimaschutz, erneuerbare Energien und Energieeffizienz bedeuten, dass sich die Energieversorgung in der EU in den nächsten Jahrzehnten drastisch wandeln muss. Das Gesetzespaket nennt wichtige Stichschrauben, um den Wandel zu erleichtern. Trotzdem müssen die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit von der EU-Kommission eingehalten werden. Aus unserer Sicht ist dies bei zwei Verordnungsentwürfen zum Energiebinnenmarkt, der sogenannten "ACER"-Verordnung und Elektrizitätsbinnenmarktverordnung nicht der Fall. Die Kommission schießt hier mit vielen Regelungen über das Ziel hinaus. So soll zukünftig die EU-Kommission die Kompetenz erhalten, über die Größe von Strommarktgebieten zu entscheiden, in denen Strom ohne Mengengrenzung gehandelt werden darf. Damit wird eine Aufteilung Deutschlands in zwei oder mehrere Strompreiszonen zur realen Gefahr. Dagegen müssen wir im Sinne aller Stromverbraucher vorgehen."

Vertrauen in die Medien

Bei einer repräsentativen Befragung im Auftrag der Europäischen Kommission 55,7 Prozent der Teilnehmer in Deutschland an, Vertrauen in die Presse zu haben. Ein Jahr zuvor waren es 45,7 Prozent. Das sei der höchste Wert seit Beginn der Befragungen im Jahr 2000, sagte der Medienwissenschaftler Kim Otto von der Universität Würzburg am Freitag. Offensichtlich seien sich durch die Diskussionen etwa über Fake News und die schwierige Situation der Journalisten in der Türkei viele Menschen bewusster geworden, was sie an den Medien haben, sagte Otto am Freitag. (dpa)

Zitat

„Die Politiker, die für #Brexit gekämpft haben, durften in einem freien Europa aufwachsen. Mit dem heutigen Tag errichten sie neue Mauern.“ (Der CSU-Europapolitiker Manfred Weber zur Abschottungspolitik der Briten.)